

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 206.14 / 15.05.2014**

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 + 24 – Lehrerbildungsgesetz

Dazu sagt die Vorsitzende  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Eka von Kalben:**

## Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen

Unsere Lehrerausbildung muss dringend reformiert werden. Darin sind wir uns einig. Dass wir uns in der Ausgestaltung schwer einigen können, folgt logischerweise aus unseren unterschiedlichen Vorstellungen von erfolgreicher Schulpolitik.

Unsere Schulpolitik hat das Ziel, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Wir wollen, dass es ein gleichberechtigtes Angebot für Kinder gibt, die bestmögliche Ausbildung zu erhalten. Gemeinschaftsschulen und Gymnasien – beide öffnen den Weg zum Abitur: in zwölf oder in 13 Jahren.

Wer Gemeinschaftsschulen als eine Zusammenführung von Haupt- und Realschulen sieht, der kommt auch in der Lehrerbildung zu anderen Schlüssen.

Wir dagegen wollen LehrerInnen ausbilden, die jedes Kind zum Abitur führen können, das talentiert ist. Wir wollen LehrerInnen in unserem Land, die über hervorragende didaktische Fähigkeiten verfügen und mit einer guten Portion Praxiserfahrung in den Lehrerberuf starten. Wir wollen LehrerInnen, die inklusiv zusammengesetzte Klassen unterrichten können, egal in welcher Schulform.

Deshalb ist es vollkommen klar, dass die Lehrerbildung angepasst werden muss und gegebenenfalls auch mit mehr Mitteln ausgestattet werden muss. Und das passt zu einhundert Prozent in die Prioritätensetzung dieser Landesregierung.

Deshalb ist es auch konsequent, dass wir so viele LehrerInnen wie möglich auch für das Sekundarstufe-II-Niveau ausbilden wollen.

Wir diskutieren hier neben den Inhalten auch immer wieder über das Verfahren. Es wird kritisiert, dass die Gesetzesvorlage im Rahmen des Anhörungsverfahrens des Kabinetts geändert wurde und vermutlich auch im parlamentarischen Verfahren verändert

wird.

Das erinnert mich sehr an die Diskussionen um den kommunalen Finanzausgleich: Da redet eine Regierung mit Betroffenen und ExpertInnen. Und sie redet nicht nur, sie hört auch zu. Und sie hört nicht nur zu, sondern sie zieht auch Konsequenzen. Das nennt man Dialog. Die Alternative ist Unbelehrbarkeit und Basta-Politik.

Wozu gibt es eigentlich Anhörungen im Kabinett und im Parlamentsverfahren? Zur Be-  
spañung der Verbände und Beschäftigung der Politik? Wohl kaum.

Dieser Gesetzesprozess ist ein Zeichen der Dialogbereitschaft dieser Regierung. Sie mögen lachen, das herabwürdigen. Aber wir stellen uns Diskussionen, wir bügeln Interessenskonflikte nicht machtpolitisch ab. Wir finden Lösungen und wir einigen uns.

Es ist kein Zufall, dass Wara Wende und Rolf Fischer gemeinsam mit den Universitäten Flensburg und Kiel eine Einigung erreicht hat. Bei aller Schärfe in den letzten Tagen und Wochen: Wir haben eine Einigung und gehen weiter voran.

Worüber reden wir nun aber inhaltlich? Der jetzt gefundene Kompromiss zwischen den Universitäten hebt sowohl das humanistisch-geisteswissenschaftliche Profil der Flensburger Europa-Universität, als auch die besonderen Kompetenzen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in den naturwissenschaftlichen Fächern. Der Charakter Flensburgs als Europa-Universität wird deutlich.

Zukünftig werden Flensburg und Kiel noch intensiver kooperieren als sie es ohnehin schon getan haben. Das war schon im Herbst eine kleine Sensation, auch wenn es wie eine Selbstverständlichkeit klingt. Und: Es ist das Ergebnis der Verhandlungen von Wara Wende und Rolf Fischer. Es stärkt den Hochschulstandort Schleswig-Holstein insgesamt.

Wir werden grundsätzlich nun in Flensburg und in Kiel Angebote machen für die Lehrerbildung in der Sekundarstufe. Aber: Wir dürfen uns den Realitäten im Land nicht verweigern. Es gibt Fächer – besonders im Bereich der Naturwissenschaften – bei denen eine Fortsetzung der Ausbildung auf Sekundarstufe-I-Niveau derzeit zwingend ist. Wir haben im naturwissenschaftlichen Bereichen einen Mangel an Lehrkräften und einen Mangel an Studierenden. Außerdem eine hohe Abbrecherquote. Es ist deshalb normal, dass zum Ausgleich dieses Mangels besondere Lösungen gefunden werden müssen.

Es gibt zudem viele junge Menschen, die nach Flensburg gehen, um gerade auf Sekundarstufe-I-Niveau die Naturwissenschaften zu studieren. Deren Wünsche kann man nicht gänzlich vom Tisch wischen. Denn wir brauchen sie.

Auch wenn ein Lehramt für beide Sekundarstufen unser Ziel bleibt: Wir machen jetzt das, was möglich ist. Wir haben uns gemeinsam mit den Hochschulen auf den Weg nach einem vernünftigen Kompromiss gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen festgelegten Finanzrahmen. Dieser ist geeint, und dieser wird auskömmlich sein. Und sein müssen.

Was wir hier festgelegt haben, ist ein Maximalrahmen. Er bietet den Gestaltungsspielraum. Ich will überhaupt nicht ausschließen, dass der Ausbau der festgeschriebenen Fächer die theoretisch bereitgestellte Summe unterschreitet.

Seit gestern ist klar, wie die Aufteilung sein wird: Jetzt gehen wir in die Feinabstimmung. Im Gesetzentwurf tauchen die Fächer übrigens nicht auf, für die Bewertung des Kostenrahmens ist es allerdings wichtig.

Das Lehramtsgesetz kommt nun in die entscheidende Phase. Als Ziel war ausgegeben, im Juli das Gesetz zu verabschieden. Daran halten wir fest. Wir freuen uns auf die kommenden Wochen. Wir freuen uns, unserm Bild von einem modernen Schleswig-Holstein ein weiteres Mosaiksteinchen beizufügen.

Einem Schleswig-Holstein: in dem wir Talente fördern wollen, unabhängig von ihrer Herkunft, unabhängig von der Unterstützung des Elternhauses, Talente, die sich vielleicht in der vierten Klasse noch nicht voll entwickelt hatten.

Deshalb brauchen wir starke Gymnasien und starke Gemeinschaftsschulen. Deshalb brauchen wir entsprechend ausgebildete LehrerInnen.

\*\*\*